Schranken zu verweisen. Unsere Erfahrung in den europäischen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert zeigt, daß dies der Weg zur Entwicklung der sozialen Marktwirtschaften war. Zur Einbindung der Märkte in ein soziales Rahmenwerk und zu ihrer Regulierung brauchen wir, wie ich bereits sagte, starke internationale Institutionen, denn die bestehenden Mechanismen sind nicht ausreichend, um transnationale Entwicklungen zu regulieren.
Einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung leisten die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung sozialer Mindeststandards. 1998 hat die Internationale Arbeitsorganisation die ›Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit‹ angenommen – und mit ihr alle ihre Mitglieder. Die Bundesregierung setzt sich aktiv für die Einhaltung dieser Kernarbeitsnormen ein. Hierzu gehören die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen – also freie und ungehinderte Arbeit der Gewerkschaften –, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit sowie die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Die deutsche Bundesregierung hält diese Kernarbeitsnormen zur sozialen Gestaltung der Globalisierung für wesentlich – sie bilden einen international anerkannten Standard, an dem sich alle Länder und auch alle Unternehmen messen lassen müssen. Der private Sektor zeigt im übrigen zunehmend Verständnis dafür, daß der gesellschaftliche Dialog das wirtschaftliche Wachstum fördert.
Solche, für alle Weltregionen und alle ›global players‹ gültigen umfassenden Regelwerke werden wir nur erreichen können, wenn wir einen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd erreichen. Die Industrieländer müssen im Rahmen eines fairen Lösungspakets auch Zugeständnisse machen und ihren eigenen Beitrag zur nachhaltigen sozialen Entwicklung erbringen. Sie müssen den Entwicklungsländern die Förderung einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen und aktiv dazu beitragen, daß alle Teile der Welt Vorteile aus dem Welthandel ziehen können. Nur mit Hilfe eines solchen ›fair deal‹ wird es uns möglich sein, soziale Mindeststandards international zu verankern.
Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Überwindung von offenem und verdecktem Protektionismus. Die ärmsten Entwicklungsländer haben augenblicklich einen Anteil von 0,5 vH am Welthandel. Der neueste Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zur Armut zeigt etwa, daß die Industrieländer für die Subventionierung und den Schutz ihres Agrarsektors rund 350 Milliarden US-Dollar aufwenden. Das ist ungefähr das Siebenfache des Betrages, den wir, die Industrieländer, für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Die Bundesregierung setzt sich deshalb dafür ein, die Märkte der Industrieländer für die Exporte der Entwicklungsländer weiter zu öffnen; vor allem die ärmsten Länder sollten für die wichtigsten Exportgüter freien Zugang erhalten. Allein die Liberalisierung der landwirtschaftlichen Märkte würde den Entwicklungsländern zusätzliche Einnahmen von rund 40 Mrd Dollar pro Jahr einbringen. Darauf sollten wir alle hinarbeiten.
Ein weiterer wichtiger Beitrag ist die Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC), für die bislang 70 Mrd Dollar bereitgestellt wurden. Bis Ende 2000 rechnen wir mit Entschuldungsbeschlüssen zu weiteren 20 Ländern. Wir fordern auch raschere Entscheidungen über weitere Schuldenerlasse, von denen noch 36 Länder profitieren sollen.
Mehr und mehr HIPC-Länder stellen ihre gute Regierungsführung unter Beweis – nicht nur auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, sondern auch im sozialen Bereich. Die Erörterung ihrer Politik mit den Nichtregierungsorganisationen ist von Bedeutung für eine partizipatorische Zivilgesellschaft. Es ist gut zu wissen, daß Vertreter der Zivilgesellschaft integrierender Bestandteil der Delegationen einer ganzen Reihe von Ländern sind, die an dieser Sondertagung teilnehmen – einschließlich meines eigenen Landes.
Einer der wesentlichen Vorteile der Entschuldungsinitiative liegt, so glaube ich, darin, daß sie einen Wandel eingeleitet hat. Wir müssen sicherstellen, daß die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IMF) geändert werden, denn künftig wird der IMF bei seinen Empfehlungen die Strategien der betreffenden Länder zur Armutsreduzierung berücksichtigen müssen. Mit der HIPC-Initiative wird für Millionen Menschen die Bürde der Verschuldung erleichtert, die bisher die Bemühungen ihrer Länder um Entwicklung und Frieden behindert hat.
Deutschland unterstützt das in Kopenhagen vereinbarte Aktionsprogramm. Wir sind nicht nur an den wichtigen Diskussionsprozessen beteiligt, sondern wir handeln auch: In diesem Jahr wird Deutschland zusätzliche 108 Mill DM bereitstellen, um soziale Grunddienste in unseren Partnerländern zu unterstützen. Insgesamt können wir somit 380 Mill DM im Jahr 2000 zu solchen Vorhaben in den Entwicklungsländern beisteuern, vor allem für Projekte im Gesundheitsbereich, zur Bekämpfung von HIV/Aids und für die Grundbildung. Hier liegt uns die Förderung von Mädchen und Frauen besonders am Herzen. Sie zu fördern, für sie Bildung zu ermöglichen, ist nicht nur notwendig der Gleichberechtigung und der Demokratie wegen, sondern diese Förderung ist ganz klar auch die wichtigste Investition für Entwicklungsländer und in der Tat für uns alle.
Die Erreichung internationaler Entwicklungsziele erfordert eine globale Kampagne gegen die Armut und ein dauerhaftes Engagement der politischen Führer weltweit. Unsere Regierung wird einen aktiven Beitrag zu einer derartigen Kampagne leisten – vielleicht sogar einen Pakt schließen –, denn dies ist die einzige Möglichkeit, unser Ziel, die Zahl der in tiefster Armut lebenden Menschen zu halbieren, zu erreichen.
Nur wenn wir uns darauf verständigen, gemeinsam zu handeln, um allen Menschen weltweit ein Leben frei von Furcht und Not zu ermöglichen, ein Leben in Menschenwürde, ein Leben, über das sie selbst bestimmen können und das sie nicht erleiden müssen – nur dann können wir hoffen, daß die Vision der ›einen Welt‹ in diesem Jahrhundert, das gerade erst begonnen hat, in Erfüllung geht. Wir müssen ein neues Fundament für soziale Gerechtigkeit und Frieden für alle schaffen, und ich hoffe, daß wir aktiv dazu beitragen können.

Die Vereinten Nationen, das sind wir alle

Rede des Bundeskanzlers vor der 55. UN-Generalversammlung anläßlich des Millenniums-Gipfels (6. September 2000)

GERHARD SCHRÖDER

Der Übergang in das neue Jahrtausend ist Anlaß, Bilanz zu ziehen und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Vereinten Nationen als die zentrale Organisation zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu stärken. Zugleich begehen wir Deutsche in diesem Jahr den zehnten Jahrestag der Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit. Ich möchte den vielen Staaten und vor allem den Menschen in Ost und West danken, die Deutschland auf diesem für uns so wichtigen Weg unterstützt haben. Zudem will ich das unverminderte Engagement meines Landes für die Weltorganisation unterstreichen. Deutschland hat in der Tat nach dem Zweiten Weltkrieg eine zweite Chance erhalten. Wir wollen uns dieser Chance würdig erweisen durch unser beherztes Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, für die Vertiefung der europäischen Integration und für die Stärkung der Vereinten Nationen.
Die Vereinten Nationen werden den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur dann erfolgreich begegnen können, wenn sie ihr Instrumentarium und ihre finanziellen Mittel effizient einsetzen und sich in ihren Aktivitäten auf Schwerpunkte konzentrieren. Dazu sollte es gehören, daß die Generalversammlung ihre jährliche Tagesordnung auf die wirklichen Kernthemen konzentriert. Sollten wir uns nicht gemeinsam hierum bemühen?
In der unveränderten Schlüsselaufgabe der Weltorganisation – der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit – rückt die Krisenprävention immer mehr in den Vordergrund. Wir müssen aus den Erfolgen, aber auch aus den Mißerfolgen der jüngsten Friedensmissionen die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dazu gehört insbesondere eine Reform des Sicherheitsrats. Dieser muß effizienter und repräsentativer werden. Bei einer Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder ist Deutschland zur Übernahme entsprechender Verantwortung bereit.
Ein zweiter Schwerpunkt bleibt die Sicherung und Stärkung der Menschenrechte. Ihr wirksamer Schutz ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Stabilität. Mit Nachdruck tritt die Bundesregierung für das baldige Inkrafttreten des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.
Ein dritter Schwerpunkt in der Arbeit der Vereinten Nationen bleibt schließlich der Einsatz für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, der übrigens auch faire internationale Wettbewerbs- und Wirtschaftsbeziehungen voraussetzt. Mit der Kölner Entschuldungsinitiative, die die G-8-Staaten auf ihrem Gipfel in Okinawa fortgeführt haben, hatten wir 1999 die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Schuldenerleichterung mit einer Strategie der Armutsbekämpfung zu verbinden.
Deutschland wird den ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländern ihre gesamten bilateralen Schulden erlassen. Generalsekretär Kofi Annan hat die Staatengemeinschaft dazu aufgerufen, sich das Ziel zu eigen zu machen, bis zum Jahre 2015 den Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren. Ich begrüße und unterstütze diese Initiative nachdrücklich. Die Bundesregierung wird daher einen Aktionsplan entwickeln, der aufzeigt, auf welche Weise Deutschland selbst konkret dazu beitragen kann, daß dieses Ziel tatsächlich erreicht wird. Es wäre gut, wenn sich möglichst viele Länder hier ebenfalls beteiligen könnten.
Zur Verbesserung der Entwicklungschancen vieler und gerade der ärmsten Entwicklungsländer gehört auch der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich setze mich dafür ein, daß diese Länder hierbei mehr Unterstützung erfahren als bisher. Wichtig scheint mir auch eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in die Arbeit der Vereinten Nationen. Generalsekretär Annan hat mit seinem Projekt des ›Globalen Paktes‹ gute Anstöße gegeben. Sollten wir diese Zusammenarbeit

nicht verstetigen und weitere Formen und Bereiche einer derartigen Zusammenarbeit ins Auge fassen? Ich möchte anregen, daß der Generalsekretär möglichst rasch eine Arbeitsgruppe führender Persönlichkeiten der Wirtschaft aus der ganzen Welt einberuft, die hierzu konkrete Vorstellungen entwickelt.
Die Weltorganisation effizienter zu machen, heißt auch, die Vereinten Nationen auf eine dauerhaft solide finanzielle Grundlage zu stellen. Jeder Mitgliedstaat ist aufgerufen, sich im Rahmen seiner finanziellen Leistungskraft und ohne Bedingungen an der Finanzierung der Weltorganisation zu beteiligen. Denn wir müssen uns darüber im klaren sein: Die Vereinten Nationen sind keine anonyme Organisation. Die Vereinten Nationen, das sind wir alle! Jeder von uns kann und sollte seinen Beitrag zu einer handlungsfähigen Weltorganisation im 21. Jahrhundert leisten. Deutschland wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

Friedenseinsätze brauchen ein robustes Mandat

Rede des deutschen Außenministers vor der 55. UN-Generalversammlung (14. September 2000)

JOSEPH FISCHER

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Präsident, herzlich zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden dieser 55. Tagung der Generalversammlung gratulieren und Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit wünschen. Ich danke Außenminister Gurirab für seinen Einsatz, mit dem er die 54. Tagung der Generalversammlung geleitet hat. Ich begrüße Tuvalu als 189. Mitglied der Vereinten Nationen und beglückwünsche es zu seinem Beitritt. Den Ausführungen meines französischen Kollegen Hubert Védrine im Namen der Europäischen Union schließe ich mich an.
Auf dieser Tagung der Generalversammlung, der ersten im neuen Jahrtausend, geht es darum, die Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen und die zu ihrer Bewältigung notwendigen Reformen zu bestimmen. Die Millenniums-Erklärung, die wir alle am 8. September angenommen haben, gibt uns den Weg vor. Die Umsetzung dieser Erklärung sollte im Zentrum der Beratungen dieser und künftiger Tagungen der Generalversammlung stehen. Ich rege an, daß der Generalsekretär von der Möglichkeit, Überprüfungsberichte zu erstellen, bereits zu Beginn der nächsten Generalversammlung Gebrauch macht.

Ein Thema war es besonders, das diese Debatte dominiert hat, nämlich die Globalisierung. Sie wird überall Wirtschaft und Finanzen, Politik und Kultur tiefgreifend verändern. Wird sich dabei eine neue, Frieden, Gerechtigkeit und gleiche Teilhabe am gemeinsamen Fortschritt garantierende Ordnung durchsetzen oder aber eine neue Teilung der Welt? Wird die Zukunft der globalisierten Welt ihren pluralen Charakter in einer multilateralen Ordnung ausformen? Erst die Zukunft wird diese Fragen beantworten.
Die Globalisierung eröffnet gerade auch den Entwicklungsländern große Chancen. Wenn sie dennoch so starke Gegenreaktionen hervorruft, so liegt dies an der Unausgewogenheit dieses historischen Prozesses. In der Tat droht unserer Welt heute, ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges, eine neue Spaltung, wobei die Grenze diesmal zwischen Gewinnern und Verlierern des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses verläuft. Generalsekretär Kofi Annan hat in seinem beeindruckenden Millenniums-Bericht zu Recht eindringlich auf den wachsenden Unterschied in der Verteilung von Einkommen, Ressourcen, Investitionen und des Zugangs zu neuen Technologien hingewiesen.
Angesichts dieser Lage muß die Staatengemeinschaft in der vor uns liegenden Dekade alle Anstrengungen unternehmen, um die Globalisierung zu einer positiven Entwicklung für alle Völker zu machen. Wenn die Kräfte des Marktes nicht durch ein politisch gestaltendes Korrektiv ausbalanciert werden, dann ist zu erwarten, daß die Ungerechtigkeit in der Welt weiter zunehmen wird. Die von den Chancen der Globalisierung bislang Ausgeschlossenen müssen stärker einbezogen, ihnen muß mehr politische Mitbestimmung bei der Steuerung globaler Prozesse und eine fairere Teilhabe an der Entwicklung der Weltwirtschaft ermöglicht werden.
Im 21. Jahrhundert werden wir zur Lösung der globalen Herausforderungen mehr denn je eine Art ›global governance‹ benötigen. Hierbei wird den Vereinten Nationen eine zentrale Bedeutung zukommen. Sie sind die einzige Organisation, in deren Rahmen die Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich überwunden und ein Ausgleich zwischen den Völkern und Regionen, globaler Frieden und eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann. Ihre Handlungsfähigkeit entscheidend zu stärken, ist eine Schicksalsfrage für die gesamte Menschheit im 21. Jahrhundert.
Hierzu gehört neben der zentralen Reform des Sicherheitsrats, daß sie neue, kreative Partnerschaften mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingehen. Deutschland unterstützt nachdrücklich die Idee des Generalsekretärs eines ›Globalen Paktes‹ mit großen Wirtschaftsunternehmen. Die deutsche Initiative für eine Resolution in der Generalversammlung für globale Partnerschaften wird diese und andere Fragen des Globalisierungsprozesses aufgreifen.
Die globale Armut ist das Schlüsselproblem der Nord-Süd-Beziehungen. Sie liegt an der Wurzel vieler globaler Risiken und Friedensgefährdungen. Der Generalsekretär hat hierzu präzise und aufrüttelnde Analysen in seinem Bericht geliefert.
Die Industrieländer stehen besonders in der Pflicht, die Ärmsten der Armen zu unterstützen. Mit der von Deutschland initiierten Kölner Schuldeninitiative verbinden wir Schuldenerleichterungen mit einer Strategie der Armutsbekämpfung. Die 20 ärmsten Entwicklungsländer sollten bis zum Jahresende schuldenfrei sein. Den am wenigsten entwickelten Ländern sollte ein möglichst weitgehender zoll- und quotenfreier Zugang zu den Weltmärkten gewährt werden. Wir müssen, auch durch Liberalisierungsschritte in der Welthandelsorganisation, eine weitere soziale Ausgrenzung dieser Länder verhindern. Dies gilt insbesondere für die ›new economy‹. Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Bemühungen intensivieren, diesen Ländern die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie zu erleichtern. Dies setzt Bildungsinitiativen und die notwendigen Mittel voraus.
Wie aber sollen arme Länder ihren ökonomischen Rückstand aufholen, wenn sie zugleich und in weit schlimmerem Ausmaß als der Norden von furchtbaren Krankheiten heimgesucht werden? Der Kampf gegen die verheerende, besonders Afrika betreffende Verbreitung des AIDS-Virus muß eine Priorität für uns alle sein. Der Schwerpunkt muß auf der Prävention liegen. Zugleich müssen der Zugang zu Medikamenten verbessert und die Impfstofforschung intensiviert werden. Die vielversprechende Initiative der Weltbank, einen Zukunftsfonds für den Kauf von Impfstoffen einzurichten, verdient alle Unterstützung. Gerade im Kampf gegen AIDS sind neue Partnerschaften zwischen Regierungen und Unternehmen unverzichtbar.

Das zweite große Thema dieser Generalversammlung ist die Friedenssicherung. Der Generalsekretär hat mit dem Brahimi-Bericht die Richtung vorgegeben. Die darin enthaltenen Empfehlungen sollten schnellstens geprüft und umgesetzt werden. Deutschland wird sich daran beteiligen. Friedenseinsätze brauchen ein robusteres Mandat und eine verbesserte personelle und materielle Ausstattung. Die Mitgliedstaaten müssen erheblich mehr tun für die schnelle Entsendbarkeit von gut ausgebildeten Soldaten, Polizei und zivilem Fachpersonal. Die Fortentwicklung des Polizeikonzepts ist dabei eine der wichtigsten Aufgaben, wie die Erfahrung der letzten Monate und Jahre gelehrt hat.
Die Bundesregierung wird dem Verfügungsbereitschaftssystem der Vereinten Nationen Ausbildung für ziviles Friedenspersonal und zivile Kapazitäten anbieten. Wir planen zudem eine Aktion Ziviles Friedenspersonal, durch die ein Pool von qualifizierten und kurzfristig einsetzbaren Experten für Friedensmissionen geschaffen wird.
Die heute vorherrschende Konfliktform ist der innerstaatliche Konflikt. Vordringliche Aufgabe der Friedenssicherung muß es folglich sein, die innerstaatlichen Wurzeln von Konflikten zu behandeln. Neben einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen muß dabei die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum unserer Bemühungen stehen. »Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Kriege von morgen«, wie die UN-Menschenrechts-Hochkommissarin Mary Robinson treffend gesagt hat.
Zahlreiche konkrete Aufgaben stehen an:

- Die Protokolle zur Bekämpfung des Einsatzes von Kindern in bewaffneten Konflikten und zur Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Kinderhandel, -prostitution und -pornographie müssen sobald wie möglich in Kraft treten.
- Die Gleichberechtigung der Frauen muß in allen Lebensbereichen gefördert werden. Ich rufe alle Staaten zur baldigen Ratifizierung des neuen Zusatzprotokolls zur Frauenrechtskonvention und zur Abschaffung aller die Frauen diskriminierenden Gesetze bis 2005 auf.
- Die Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 muß dieses Thema in seiner ganzen Bandbreite angehen. Aus der Verantwortung für unsere Geschichte heraus werden unser Staat und unsere Gesellschaft allen Formen von Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus den entschiedenen Kampf ansagen, im eigenen Land und in der Welt.
- Ich appelliere an alle Staaten, die Integrität des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu wahren, es zu unterzeichnen und zu ratifizieren, damit der Gerichtshof bald seine Arbeit aufnehmen kann. Eine Ausnahmeregelung vom Römischen Statut darf es nicht geben.

Eine der größten Menschheitsgefahren bleibt die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Die Gefahr regionaler Rüstungswettläufe ist gestiegen, besonders in Südasien. Es bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe der UN, das internationale Rüstungskontrollregime weiter auszubauen. Dazu bedarf es einer entschlossenen Umsetzung der Ergebnisse der sechsten Überprüfungs-